

LEITLINIEN FÜR WOHLSTAND,
SOZIALE GERECHTIGKEIT UND
NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN



INHALT

3 | PRÄAMBEL

3 | LEITLINIEN

<i>1. Rechtsstaatliche Rahmenordnung</i>	3
<i>2. Eigentumsordnung und Beschäftigung</i>	3
<i>3. Wettbewerb als Grundlage</i>	4
<i>4. Anwendung des Haftungsprinzips</i>	4
<i>5. Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen</i>	4
<i>6. Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat</i>	4
<i>7. Solidarität und soziale Sicherung</i>	4
<i>8. Anreizkompatibilität</i>	4
<i>9. Nachhaltigkeit</i>	4
<i>10. Politik der offenen Märkte</i>	4

**5 | ERFOLGSBEDINGUNGEN FÜR EINE GLOBALE SOZIAL- UND
MARKTWIRTSCHAFTLICH ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSORDNUNG**

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert internationale Regeln. Das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft bietet einen solchen Orientierungsrahmen. Es hat sich national bewährt. Die Staaten der Europäischen Union verpflichten sich im Vertrag von Lissabon auf eine „wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft“ hinzuwirken. Die Institutionen der Europäischen Union, insbesondere das Europäische Parlament, haben gerade in den zurückliegenden Monaten unter Beweis gestellt, dass sie diesem Auftrag Rechnung tragen. Nun muss den Prinzipien auch international Geltung verschafft werden. Worauf es dabei ankommt haben führende Repräsentanten von Politik und Wissenschaft in der Europäischen Union in den folgenden Leitlinien festgehalten.

PRÄAMBEL

Die zunehmende wirtschaftliche und politische Verflechtung hat in zahlreichen Ländern der Welt zu mehr Wachstum und Wettbewerb geführt, die Bildungschancen verbessert, die soziale Infrastruktur gestärkt und Armut reduziert. Dennoch sind Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bedroht. Die Ungleichverteilung des weltweiten Wohlstandes ist für wachsende politische und soziale Spannungen mitverantwortlich. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise kann nur mit internationalen Regeln für die Finanzmärkte bewältigt werden. Das erfordert ein gemeinsames Bekenntnis zu nachhaltigem Wirtschaften. Wir brauchen einen internationalen Konsens, der Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien und Werte ermöglicht. Dabei dürfen die positiven Wirkungen der Globalisierung auch in Krisenzeiten nicht durch nationalen oder regionalen Protektionismus gefährdet werden. Gemeinwohlorientierung, demokratische Legitimation und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde sind das Fundament, auf dem ein solcher Konsens – unter Berücksichtigung kultureller und gesellschaftlicher Besonderheiten – aufbaut.

LEITLINIEN

Solidarität und Subsidiarität sind die Leitprinzipien. Die Solidarität sorgt dafür, dass die Marktwirtschaft sich immer wieder durch ihre Orientierung am Gemeinwohl legitimiert. Die Subsidiarität schafft und garantiert den Raum für Eigenverantwortung und Eigeninitiative.

1. Rechtsstaatliche Rahmenordnung

Ein funktionsfähiges, verlässliches und demokratisch legitimes Rechtssystem ist Grundlage für effizientes und nachhaltiges wirtschaftliches Handeln. Es schafft die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, für eine effiziente und bürgernahe staatliche Verwaltung sowie für die Berücksichtigung der Prinzipien einer guten Regierungsführung. Regulierende Elemente und eine konsequente Aufsicht kontrollieren die Einhaltung der Regeln und bestrafen regelwidriges Verhalten. Das ist kein Selbstzweck. Regulierung ist angemessen und richtig, um die Anreize in der Wettbewerbswirtschaft so zu gestalten, dass dezentrales Handeln im Wettbewerb zu gesellschaftspolitisch nützlichen Ergebnissen führt.

2. Eigentumsordnung und Beschäftigung

Eine effiziente und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftsstruktur muss auf einer privaten Eigentumsordnung beruhen, die die Verfügungsrechte an Gütern in die Hände von privaten Unternehmern und Haushalten legt. Privates Eigentum schafft den entscheidenden Antrieb für Einkommenserwerb durch Arbeit und ist die Grundlage eines innovativen Unternehmertums. Nur eine auf privatem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung sichert nachhaltig Beschäftigung. Auf dieser Grundlage können Eigenverantwortung und Eigeninitiative entstehen, ohne die ein effizienter Umgang mit eigenem Potential, Bildung, Innovation, Wachstum und

Wohlstand unvorstellbar ist. Privates Eigentum kennzeichnet eine Wettbewerbsordnung, in der eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmer für ihr Engagement mit ihrem persönlichen Eigentum haften. Eigentum beinhaltet eine soziale Verpflichtung. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Dies gewährleistet maßvolles, nachhaltiges unternehmerisches Handeln und bewahrt vor einseitigem und kurzfristigem Renditestreben.

3. Wettbewerb als Grundlage

Eine weltweite Wettbewerbsordnung auf der Grundlage freier Preisbildung optimiert die Allokation knapper Mittel. Der funktionsfähige Wettbewerb ist der Motor nachhaltigen Wirtschaftens. Er fördert Effizienz und Fortschritt, stärkt verantwortliches Handeln und verhindert das Entstehen von einseitiger Marktmacht. Eine Wettbewerbsordnung verlangt national wie international offene Märkte und eine Kontrolle der Marktmacht und Konzentration durch den Staat und die Staatengemeinschaft. Wettbewerb basiert auf dem Leistungsprinzip und der Chancengleichheit.

4. Anwendung des Haftungsprinzips

Die Freiheit des Wettbewerbs bedingt die Anwendung des Haftungsprinzips, um den Leistungswettbewerb an die Verantwortung der jeweils Handelnden zu binden. Gewinnaussichten stimulieren den Wettbewerb. Das persönliche Einstehen bei Verlusten begrenzt zugleich unverantwortliches und übertrieben risikobehaftetes Handeln.

5. Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Eine marktwirtschaftliche Ordnung bedarf einer langfristig ausgerichteten Wirtschaftspolitik und größtmöglicher makroökonomischer Stabilität. Dies gilt insbesondere für nationale und internationale Finanzmärkte. Investitionen und langfristige Konsumentscheidungen setzen Vertrauen in eine stabile Rahmenordnung voraus. Dazu gehört auch die Ablehnung protektionistischer Maßnahmen sowie einer Geldpolitik, die sich nur an kurzfristigen nationalen Wirtschafts- und Wachstumszielen orientiert.

6. Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung muss der Staat die Bereitstellung öffentlicher Güter gewährleisten, wenn der Markt diese Güter nicht oder nur unzureichend zur Verfügung stellt. Eine leistungsfähige Infrastruktur, grundlegende Bildungschancen und der Zugang zu einer umfassenden

Gesundheitsversorgung sind Bereiche, die der Staat mitgestalten muss. Bei sozialer Bedürftigkeit ist der Staat in besonderem Maß gefordert. Staatliche Eingriffe sollten jedoch begrenzt sein.

7. Solidarität und soziale Sicherung

Wirtschaftliches Wachstum begünstigt die Armutsbekämpfung. Die Marktwirtschaft kann das Entstehen von Einkommensunterschieden und die Benachteiligung von Teilen der Bevölkerung nicht verhindern. In einer Marktwirtschaft sind deshalb breitenwirksame, marktconforme soziale Sicherungssysteme, Mechanismen eines regionalen Ausgleichs sowie ein leistungsorientiertes Steuersystem erforderlich, um den sozialen Frieden zu sichern und eine angemessene Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen.

8. Anreizkompatibilität

Zur Finanzierung der Staatsaufgaben bedarf es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung eines anreizorientierten Abgabensystems. Abgaben dürfen nicht so gestaltet sein, dass sie Leistungsanreize vermindern oder zu allokativen Verzerrungen führen.

9. Nachhaltigkeit

Jede Wirtschaftsordnung muss sich auch an ihren langfristigen Ergebnissen messen lassen. Nachhaltigkeit ist in ökologischer, sozialer und fiskalischer Hinsicht eines der wichtigsten Erfolgskriterien und ein Ausdruck der Generationengerechtigkeit. Eine auf Verantwortung und auf Haftung basierende Rechtsordnung stärkt Nachhaltigkeit. Insbesondere eine aktive Klimaschutzpolitik ist eine wirtschaftliche und moralische Verpflichtung zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

10. Politik der offenen Märkte

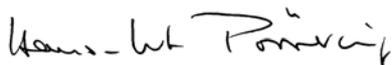
Nationale Alleingänge sind kein Heilmittel in der Krise, im Gegenteil: Sie können die weltweiten Auswirkungen der Wirtschaftskrise verschlimmern. Entscheidend sind eine koordinierte Politik der offenen Märkte sowie die Beachtung fairer Spielregeln. Gegen Protektionismus und ökonomischen Nationalismus müssen relevante internationale Institutionen weiter gestärkt werden.

ERFOLGSBEDINGUNGEN FÜR EINE GLOBALE SOZIAL- UND MARKTWIRTSCHAFTLICH ORIEN- TIERTE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Eine offene und globale Wirtschaft braucht einen internationalen Rahmen. Prinzipien und Regeln, die sich auf nationaler wie europäischer Ebene im Rahmen einer sozial- und marktwirtschaftlich orientierten Wirtschafts- und Werteordnung bewährt haben, müssen auch auf internationaler Ebene angewandt werden. Diese Prinzipien verbinden Freiheit und Verantwortung zum Nutzen aller. Sie müssen insbesondere im Bereich der Finanzmärkte verbessert und in der Welthandelsordnung gestärkt werden. Erforderlich sind die Ausweitung der Legitimation, der Funktionsfähigkeit und der ver-

tieften Zusammenarbeit internationaler Institutionen sowie die Schaffung integrativer Kooperationsforen. Ein verlässliches Rechtssystem und eine subsidiaritätsorientierte demokratische Ordnung sind die Grundlage dafür. Politischer Wettbewerb und politische Partizipation in den Nationen fördern die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der internationalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die notwendige Information durch unabhängige Medien und Verbände kann nur in einer solchen Ordnung ermöglicht werden. Konsens und das Bekenntnis der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure zum Interessenausgleich im nationalen und internationalen Rahmen sind die Voraussetzung für „Wohlstand für alle“.

8. Juli 2009



Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des Europäischen Parlaments



Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Joseph Daul
Vorsitzender der EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament



Dr. Wilfried Martens
Vorsitzender der Europäischen
Volkspartei (EVP)



Prof. Dr. Cees P. Veerman
Vorsitzender des Wetenschappelijk Instituut
voor het CDA